Stellplatzsatzung

Satzung der Stadt Kleve über die Festlegung der Gebietszonen und der Höhe des Geldbetrags je Stellplatz nach § 51 Abs. 5 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Stellplatzsatzung) vom

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung (GO) für das Land Nordrhein Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2013 (GV. NRW. S. 878) und des § 51 Abs. 5 BauO NW in der Fassung der Bekanntmachung vom 01. März 2000 (GV. NRW. S. 256), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. März 2013 (GV. NRW. S. 142) hat der Rat der Stadt Kleve in seiner Sitzung am folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Anwendungsbereich

- (1) Gemäß § 51 Abs. 1 BauO NRW müssen bei der Errichtung von baulichen Anlagen und anderen Anlagen, bei denen ein Zu- und Abgangsverkehr zu erwarten ist, Stellplätze oder Garagen hergestellt werden, wenn und soweit unter Berücksichtigung der örtlichen Verkehrsverhältnisse und des öffentlichen Personenverkehrs zu erwarten ist, dass der Zu- und Abgangsverkehr mittels Kraftfahrzeug erfolgt (notwendige Stellplätze und Garagen).
- (2) Ist die Herstellung notwendiger Stellplätze oder Garagen nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich, so kann die Bauaufsichtsbehörde auf Grund des § 51 Abs. 5 Satz 1 BauO NRW unter Bestimmung der Zahl der notwendigen Stellplätze auf die Herstellung von Stellplätzen verzichten, wenn die zur Herstellung Verpflichteten an die Gemeinde einen Geldbetrag nach Maßgabe dieser Satzung zahlen.

§ 2

Festlegung der Gebietszonen

- (1) Für die Zahlung eines Geldbetrages gem. § 51 Abs. 5 BauO NRW wird das Stadtgebiet von Kleve in die Gebietszonen I und II unterteilt.
- (2) Die Gebietszoneneinteilung sowie die Zuordnung der einzelnen Grundstücke ergeben sich aus der Darstellung des dieser Satzung zugehörigen Abgrenzungsplans (Anlage 1).
- (3) Sind beide Straßenseiten in der Anlage 1 (Abgrenzungsplan) einer Gebietszone zugeordnet, so sind auch alle von dieser Straße bzw. diesen Straßenabschnitten zu erschließenden Grundstücke dieser Gebietszone zugeordnet.

§ 3 Notwendige Stellplätze

Die Zahl der notwendigen Stellplätze für Kraftfahrzeuge bemisst sich nach der „Richtlinie zur Ermittlung des Bedarfs an Stellplätzen für PKW und an Abstellplätzen für Fahrräder“. Für Sonderfälle, die in dieser Richtlinie nicht erfasst sind, ist der Stellplatzbedarf nach den besonderen Verhältnissen im Einzelfall unter sinngemäßer Berücksichtigung der Richtzahlen für Nutzungsarten mit vergleichbarem Stellplatzbedarf zu ermitteln.

§ 4 Herstellungskosten

Die durchschnittlichen Herstellungskosten einschließlich der Kosten für den Grunderwerb je Stellplatz betragen

in der Gebietszone I	8.125,00 Euro
in der Gebietszone II	4.375,00 Euro

§ 5 Festlegung des Geldbetrags

Der gem. §51 Abs. 5 BauO NRW zu zahlende Geldbetrag wird unter Zugrundelegung eines Vom-Hundert Satzes von 80% für die Gebietszonen I und II je Stellplatz wie folgt festgesetzt:

Gebietszone I	6.500,00 Euro
Gebietszone II	3.500,00 Euro

§ 6 Fälligkeit der Ablösebeträge und Verwendungszweck

- (1) Die Beträge werden mit Erteilung mit der Baugenehmigung oder der Bestätigung der Genehmigungsfreistellung fällig. Sie können in Raten von mindestens 150,00 Euro pro Monat und Stellplatz gezahlt werden. Werden Ratenzahlungen vereinbart, so ist eine selbstschuldnerische unbefristete Bankbürgschaft zu stellen.
- (2) Der Geldbetrag ist zu verwenden für die Herstellung zusätzlicher Parkeinrichtungen im Stadtgebiet, für investive Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs oder für investive Maßnahmen zur Verbesserung des Fahrradverkehrs und der Fußwege.

§ 7 Übergangsvorschriften

Für bauliche Anlagen und andere Anlagen gemäß § 51 Abs. 1 BauO NRW, für die ein Bauantrag oder ein Freistellungsantrag vor Inkrafttreten dieser Satzung bei der Stadt Kleve eingereicht wurde, kann für einen Zeitraum von 6 Monaten nach Inkrafttreten dieser Satzung die Satzung der Stadt Kleve vom 20.12.2004 über die Höhe der Geldbeträge zur Ablöse von Stellplätzen nach § 51 Abs. 5 BauO NRW angewandt werden.

§ 8 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Kleve vom 20.12.2004 über die Höhe der Geldbeträge nach § 51 Abs. 5 BauO NRW vom 01.03.2000 (GV. NRW. S. 256), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.12.2011 (GV. NRW. S. 729) außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Kleve vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Kleve, den _____

Der Bürgermeister
Brauer